

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 20. Juni 2005 19.00 bis 20.35 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephanie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Stähli Markus, SVP

Gemeinderat Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Entschuldigt: Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokolle	62
2. Kommissionsersatzwahlen	62
3. Motion SVP betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde Beantwortung 0428; Polizeidirektion.....	63
4. Motion SP/JUSO betr. attraktiver Langsamverkehr Beantwortung 0503; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	65
5. Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Verkehrsführung im Zentrum Beantwortung 0506; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	68
6. Interpellation Antenen (SP/JUSO) betr. Strompreise in Köniz Beantwortung 0507; Vorsteherin Direktion Bevölkerungsschutz.....	69
7. Interpellation SVP betr. Altersplanung / Dezentrale Pflegewohngruppen Beantwortung 0509; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	69
8. Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz Beantwortung 0510; Präsidual- und Finanzdirektion.....	70
9. Verschiedenes	70

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Zuerst die gute Nachricht: Ihr werdet euch sehr wahrscheinlich schon bald in einem schattigen Garten von einer kurzen Sitzung erholen können. Nun die schlechte Nachricht: Ihr könnt der Traktandenliste entnehmen, dass bereits am nächsten Montag auf Wunsch der GPK und des Gemeinderates die nächste Parlamentssitzung stattfinden wird.

Letzte Woche wurden euch zwei zusätzliche Vorschläge für Kommissionsersatzwahlen zugestellt.

Am 30. Mai 2005 fand der Anlass über die Finanzlage der Gemeinde statt, anhand einer Powerpoint-Präsentation zeigte uns Herr Gemeindepräsident Luc Mentha eine Analyse der Rechnungsergebnisse von 1995 bis 2004 auf. Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche nicht am Anlass teilnehmen konnten, haben die Möglichkeit, Kopien der vorgelegten Grafiken bei unserer Parlamentssekretärin zu beziehen. Bei dieser Gelegenheit hat sich das Parlamentsbüro überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre, auch hier im Sitzungssaal mit modernen Medien zu arbeiten. Die Verwaltung wird diese Möglichkeit prüfen, und wir hoffen, dass der Voranschlag 2006 bereits mittels Powerpoint-Präsentation erläutert werden kann.

Kurz ein paar Worte zum PlatzDasFest vom letzten Mai-Wochenende: Von den Besucherzahlen und den Aktivitäten her war dieses Fest ein voller Erfolg. Das finanzielle Ergebnis ist noch nicht bekannt, das Organisationskomitee hat lediglich darauf hingewiesen, dass das Budget bei den meisten Ausgabenpositionen unterschritten worden ist. Bei den Einnahmen werden noch Abrechnungen über Gewinnbeteiligungen erwartet. Weil bewusst auf Eintrittspreise verzichtet worden ist, wird es allerdings mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein, die Rechnung positiv abzuschliessen. Die Leistungen aller am Fest Beteiligten waren enorm, und der sympathische Auftritt verschiedener Verwaltungsabteilungen wurde von den Besuchern mit grosser Begeisterung aufgenommen. Ich danke allen herzlich für ihr Engagement.

Die Traktandenliste für die Sitzung vom nächsten Montag würde ich gerne mit dem Geschäft "Kommissionsersatzwahlen" ergänzen. Erst letzte Woche sind nämlich vier Meldungen für Ersatzwahlen in Schulkommissionen eingetroffen. Weil die Wahlen sonst erst im August vorgenommen werden könnten - wenn das Schuljahr bereits begonnen hat - möchte ich dieses Geschäft noch vor den Ferien behandeln. Der Gemeinderat wird die Wahlvorschläge an der Sitzung von übermorgen prüfen, die GPK erhält sie alsdann per E-Mail und kann somit auf dem Zirkulationsweg reagieren, falls sie Einwände gegen einen Vorschlag anzubringen hat. Dieses Vorgehen wurde mit dem GPK-Präsidenten vorbesprochen.

Appell

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

1. Protokolle

Die Protokolle der Sitzungen vom 14. März und 2. Mai 2005 werden ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

0507 Primarschulkommission Schliern: Dräyer Relling Susanne, Plattenweg 32, 3098 Schliern (parteilos / Sitzanspruch SP), anstelle von Mader Luzius, Schliern, ab 1. August 2005

0508 Primarschulkommission Mengestorf: Künzi Hans, Schöneggstrasse 6, Oberried, 3145 Niederscherli (parteilos / Sitzanspruch SVP), anstelle von Hänni Dora, Niederscherli, ab 1. August 2005

0509 Primarschulkommission Wabern: Röthlin Heinrich, Parkstrasse 34, 3084 Wabern (parteilos / Sitzanspruch EVP), anstelle von Büschi Daria, Wabern, ab sofort

0510 Primarschulkommission Niederscherli: Röthlisberger Peter, Schwarzenburgstrasse 800, 3145 Niederscherli (SVP), anstelle von Nydegger Erika, Niederscherli, ab 1. August 2005

Frau Mélanie Mader (SP): Ich gebe hiermit meinen Rücktritt aus der Einbürgerungskommission per sofort bekannt. Als Nachfolgerin schlage ich Claudia Egli vor.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Motion SVP betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde

Beantwortung 0428; Polizeidirektion

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung der Motion. Wir anerkennen durchaus die bereits vorgenommenen Präventionsmassnahmen, ich erinnere an das Projekt "Respekt", welches im letzten Jahr in Niederscherli unter der Federführung der Kirche durchgeführt wurde. Persönlich hatte ich zum Beispiel einen guten Eindruck vom Jugendbandkonzert, welches auf dem Areal der Landwirtschaftlichen Genossenschaft stattfand; auch die Bevölkerung beteiligte sich rege. Sicher leistet die Schulsozialarbeit, die mittlerweile in Niederscherli eingeführt wurde, gute Dienste. In der Antwort des Gemeinderates wird von einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Vandalismus gesprochen, mich interessiert der Stand des Projektes und dessen Umsetzung. Vandalismus ist jedoch nicht das einzige Problem, und mir ist aufgefallen, dass nach den Ereignissen im letzten Winter - z.B. wurde ein Anhänger auf die Bahngleise geworfen - die Polizei mit einem grossen Aufgebot reagierte; etwa sechs Beamte untersuchten während eines halben Tages den Vorfall. Bereits vor diesem Vandalenakt fanden diverse weitere statt, welche jedoch nicht dasselbe Echo fanden.

Ich möchte das Parlament nicht mit allen Vorkommnissen in den letzten 10 Jahren langweilen, die ich als Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Niederscherli erlebt habe, obschon ein paar abenteuerliche darunter wären. Die daraus entstandenen Schäden, welche ich für uns auf rund 60'000 Franken beziffere, sind zum Teil nicht durch Versicherungen gedeckt. Ich bin gewissermassen „Insider“ in Niederscherli und habe nach X Anzeigen gegen Unbekannt, welche bis jetzt nichts gebracht haben, etwas resigniert. Vandalismus, Diebstahl und solche Sachen dürfen aber nicht allein den Jugendlichen aus Niederscherli angelastet werden. Es ist bekannt, dass zum Teil Banden von auswärts in unser Dorf einfielen, innerhalb kürzester Zeit grossen Schaden anrichteten und wieder verschwanden. Hier kommen wir an die Grenzen der Prävention.

Ein Teil unserer Motion betrifft die so genannt repressiven Massnahmen. Der Gemeinderat schreibt, Kontrollen würden im Rahmen der personellen Ressourcen intensiviert. Nach meiner Meinung sollten diese Massnahmen über längere Zeit beobachtet werden, um deren Wirksamkeit überprüfen zu können. Bekanntlich verfügte Niederscherli vor ein paar Jahren noch über einen Polizeiposten. Seit dessen Aufhebung haben die Vorkommnisse zugenommen, es ist aber schwierig zu behaupten, dies sei wegen des nicht mehr Vorhandenseins des Polizeipostens der Fall. Ich wünschte mir manchmal eine etwas bessere Information der Bevölkerung nach solchen Ereignissen, welche lediglich einige Tage in den Schlagzeilen sind und dann nicht mehr erwähnt werden. Die im Moment herum geisternden Verdächtigungen von Personen in Niederscherli sollten gestoppt werden. Gerade nach dem Vandalenakt in der Schulküche wurde viel Unwahres herumgesprochen. Zusammenfassend möchte ich gerne wissen, wie die Arbeitsgruppe gegen Vandalismus arbeitet und welche Aufgaben sie hat,. Ferner wünschen wir, dass die repressiven Massnahmen über längere Zeit beobachtet werden. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion dem Parlament, die Motion anzunehmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich beginne gleich von hinten, bei der Information der Bevölkerung über die genannten Vorfälle: Die gerichtspolizeilichen Fragen liegen nicht in der Kompetenz der Gemeinde, sondern in jener des Kantons, und über ein laufendes Verfahren kann und wird der Kanton keine Informationen herausgeben. Zum Polizeiposten, welcher geschlossen wurde: Sicher ist das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besser, wenn ein Polizeiposten im Dorf vorhanden ist, aber man muss sich bewusst sein, dass die Vorfälle immer dann stattgefunden haben, wenn der Posten sowieso geschlossen gewe-

sen wäre, z.B. während der Nachtstunden. In meinen Augen besteht hier kein Zusammenhang. Tatsache ist, dass Vandalenakte und Rowdytum in den letzten Jahren überall - und nicht nur in unserer Gemeinde - zugenommen haben, das kann der Presse entnommen werden. Wir arbeiten an diesem Problem, denn solches kann nicht toleriert werden. Zu den repressiven Massnahmen: In der Antwort des Gemeinderates steht, dass wir die Patrouillen im Rahmen der personellen Ressourcen intensivieren werden. Für uns sind diese Massnahmen nicht erledigt, wenn die Motion abgeschrieben wird, wir werden weiter an diesen Problemen arbeiten, in Niederscherli wie auch an anderen neuralgischen Orten. Zur Arbeitsgruppe soziale Sicherheit: Hier übergebe ich das Wort an Gemeinderat Ueli Studer, weil diese unter der Federführung der Direktion SGS steht.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe die Frage so verstanden, dass ihr über den Stand des Projektes "Gemeinsam gegen Vandalismus" orientiert werden wollt. Der Antrag ist formuliert, muss aber noch auf Gemeinderatsebene besprochen werden, das wird noch vor oder gleich nach den Sommerferien der Fall sein. Weitere Informationen darüber kann ich nicht herausgeben, weil der Gemeinderat den Antrag noch nicht gesehen hat.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich kann mich im Namen der CVP/EVP/LdU-Fraktion dem Votum von Stefan Lehmann sowie den Äusserungen von Gemeinderätin Marianne Streiff und Gemeinderat Ueli Studer anschliessen und verzichte auf Wiederholungen. In der Folge gehe ich gerne auf eine andere Art Vandalismus ein, welche in Niederscherli grassiert und leider in der Antwort des Gemeinderates nicht thematisiert wurde. Wir haben hier im Parlament bereits einmal den "Stein des Anstosses" behandelt, wobei dieser trotz allem die Chance hatte, zu einem Eckstein zu werden. Heute habe ich das "Glas des Anstosses" mitgenommen. Als sehr regelmässiger Radfahrer auf Könizer Strassen habe ich mich bereits X Mal über die Scherben auf den Radstreifen geärgert, vor allem auf der Strecke Moos - Niederscherli. Solche Scherbenhaufen schneiden nicht nur die Pneu's der Velos auf, sondern sind auch ein grosses Sicherheitsrisiko, denn wer fährt schon in eine Scherbe, ohne automatisch auszuweichen. Als ich nach unserer Fraktionssitzung nach Hause fuhr, lag eine geköpft Flasche mit noch etwas Inhalt auf der Strasse. Ich habe sie mitgenommen, damit das corpus delicti für einmal zu sehen ist. Leider blieb es nicht bei dieser einen Flasche, am Samstag fand ich auf einer Wegstrecke von rund 200 Metern drei Weinflaschen und am Samstagabend eine weitere. Diese Art von Zerstörungswut darf in der Diskussion rund um Vandalismus nicht vergessen werden. Ich rege an, dass die neu gebildete Arbeitsgruppe Ideen ausarbeitet, wie solche Symptome mit realistischem Aufwand bekämpft werden können. Schwierig wird es sein, die Ursachen zu beheben. Mir ist - im Gegensatz zur SVP - klar, dass wir die Motion nicht erst dann abschreiben können, wenn keine Mauer mehr verspritzt ist und keine Scherben mehr auf den Radstreifen liegen, darauf könnten wir ewig warten. Ich habe noch eine Zusatzfrage zur Arbeitsgruppe: Bereits vor vielen Jahren habe ich als Vertreter der GPK das Thema Vandalismus aufgeworfen, und mir wurde zugesichert, es gebe einen so genannten Runden Tisch in Niederscherli. Leider habe ich bis heute nichts über diesen Runden Tisch gehört, und auch in der Antwort auf die Motion steht nichts über Ergebnisse daraus.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Danke für die anschauliche Demonstration. Vor der heutigen Parlamentssitzung telefonierte mir ein Anwohner aus dem Eichholz, welcher sich über liegen gelassene Flaschen und Scherben ärgerte. Bei der Fahrt zur Sitzung sah ich Flaschen und Scherben an der Freiburgstrasse liegen; dieses Thema wird uns leider weiter beschäftigen, und ich hoffe doch, dass wir irgendeine Lösung finden können. Zum Runden Tisch: Die Kantonspolizei hat in verschiedenen Gemeinden Arbeitsgruppen eingesetzt, in welchen sich Vertretungen von Ortsvereinen, Jugendtreffs, Schulen, Polizei und Kanton treffen. Diese Treffen zu informellem Austausch finden etwa dreimal im Jahr statt. Der Runde Tisch existiert, und dort wird gearbeitet, jedoch ohne Entscheidkompetenz.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich ergänze das Votum von Gemeinderätin Marianne Streiff und möchte Ignaz Caminada beruhigen: Der Runde Tisch in Niederscherli existiert, ich selber habe bereits daran gesessen. Wie es aber überall ist, alle daran teilnehmenden Akteure tragen die Informationen nach aussen, und in diesem Umfeld passiert weniger, weil die Akteure des Runden Tisches Einfluss auf das Geschehen in ihrer Umgebung nehmen. Ich möchte hier festhalten, dass Zivilcourage über den Runden Tisch hinaus getragen werden muss, von allen hier im Saal Anwesenden, denn es gibt nicht nur Radstreifen, sondern auch

Spielplätze mit kleinen Kindern.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich vergass vorhin zu erwähnen, dass in meinen Augen nicht unbedingt nur die Jugendlichen für Vandalenakte verantwortlich sind. Ein Rad- oder Mofafahrer wirft kaum eine Flasche auf die Strasse. Die Flaschen werden vor allem aus Autos auf die Strasse geworfen, und aus diesem Grund müssen die "Täter" bereits über 18 Jahr alt sein.

Herr Martin Graber (SP): Die SP/JUSO-Fraktion steht aus folgendem Grund hinter dem Motionstext: Jeder Mensch hat ein Bedürfnis nach Sicherheit, und Sicherheit ist ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität, auf welche alle Anrecht haben. Wir leben glücklicherweise in einer Gesellschaft und Gemeinde, die uns grosse Verlässlichkeit und Sicherheit bietet. Objektiv gesehen ist unsere Sicherheit sehr gross, subjektiv wird sie jedoch häufig als schlecht empfunden. Das muss Ernst genommen werden, denn für den Einzelnen ist das Gefühl und nicht die Statistik entscheidend. Ein gutes Sicherheitsgefühl kann nicht mittels Statistiken verordnet werden, es muss - und das ist Aufgabe der Gemeinde - durch entsprechende Massnahmen gefördert werden. Orte, an welchen offensichtlich die geltende Rechtsordnung nicht eingehalten wird, machen Angst, denn sie zeigen, dass der Staat nicht gegen Unrecht eingreift, und dann steht die Frage im Raum, ob der Staat auch dort gegen Gewalt schützt. Deshalb muss Vandalismus in all seinen Formen bekämpft und gleichzeitig die Prävention gestärkt werden. Aus diesem Grund verdient das Projekt Respekt unseren Respekt, und die SP/JUSO-Fraktion begrüsst das Engagement der Gemeinde bei der "Berner Erklärung". Die SP unterstützt die Bemühungen der Gemeinde, Sprayereien möglichst umgehend entfernen zu lassen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen; wenn möglich müssen sie ihre Graffitis gleich selber entfernen, denn die geltende Rechtsordnung ist von allen einzuhalten. Die Sprayereien sollten jedoch nicht nur an den Hauptachsen entfernt werden, sondern wir denken, gerade bei Schulhäusern sei es präventiv sehr wichtig zu zeigen, dass die Gemeinde solches nicht toleriert. Diese Leistung gibt es aber nicht zum Nulltarif, im Budget muss dafür Geld eingestellt werden, was eigentlich schade ist, weil dadurch kein Mehrwert entsteht. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass das Geld gut investiert ist. Zur Polizei: Wir wissen alle, dass sie mit ihrer Präsenz einen wesentlichen Beitrag für unsere Sicherheit leistet, die SP sieht aber keinen direkten Zusammenhang zwischen der Schliessung des Postens in Niederscherli und dem Vandalismus in der oberen Gemeinde. Gefordert ist eine bürgernahe Polizei, welche in allen Ortsteilen präsent ist und mit ihren Patrouillen die Sicherheit erhöht, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärkt und gleichzeitig einen wichtigen präventiven Beitrag leistet. In diesem Sinne müssen unbedingt Synergien - welche durch die Einheitspolizei entstehen werden - für eine vermehrte Patrouillentätigkeit genutzt werden. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Wir erklären uns mit den aufgezeigten Massnahmen einverstanden und hoffen, dass sie greifen und damit die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Eine Gemeinde, in welcher man sich sicher und wohl fühlt, ist ein sehr starkes Standortargument.

Mit grossem Mehr für die Annahme und mit 20 zu 19 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die Motion SVP (0428) betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

4. Motion SP/JUSO betr. Attraktiver Langsamverkehr

Beantwortung 0503; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Beat Deuber (SP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat dafür, dass er die Motion zur Annahme empfiehlt und damit zeigt, dass er die Problematik des Langsamverkehrs Ernst nimmt. Ich möchte kurz zwei, drei Gedanken zu Wort bringen: Die Sicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmenden ist meines Erachtens sehr wichtig, was sich darin äussert, dass sie immer wieder Bestandteil politischer Diskussionen und Vorstösse ist, denn sind schwächere Verkehrsteilnehmende in Unfälle verwickelt, werden sie meist schwer verletzt, und Kinder sind überdurchschnittlich stark betroffen, weil sie sich meistens zu Fuss oder mit dem Velo fortbewegen. Die Gemeinde Köniz entwickelt sich weiter, sie wächst, es entstehen neue Arbeitsplätze und neue Wohnräume. Deshalb muss die Verkehrsinfrastruktur laufend angepasst und

hinterfragt werden, und hier gilt es, den schwächeren Verkehrsteilnehmenden besonderes Augenmerk zu verschaffen. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass eine Vielzahl von Projekten aus der Optik der schwächeren Verkehrsteilnehmenden geprüft wurde. Die schwächeren Verkehrsteilnehmenden sind jedoch überall präsent, namentlich auf den Quartierstrassen und rund um die Schulhäuser. Dort geht es meistens nicht um grosse Projekte, welche mit aufwändigen Projektbegleitungen realisiert werden, aber die Bedürfnisse und die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden sind zu berücksichtigen und die Verkehrssituationen sind möglichst attraktiv für sie zu gestalten. Die SP/JUSO-Fraktion sieht, dass es dem Gemeinderat in dieser Sache Ernst ist, wir begrüssen dies sehr und bitten euch, die Motion im Sinne des Gemeinderates und im unsrigen anzunehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Das Thema attraktiver Langsamverkehr liegt uns sehr am Herzen und ist sehr aktuell. Gerade am letzten Samstag wurde eine Fussgängerin in Thörishaus von einem Auto angefahren. In diesem Fall wurde jemand schwer verletzt, oft passiert gerade haarscharf nichts. Ich bin regelmässig mit dem Velo in Köniz unterwegs und erlebe des öfters heikle bis sehr gefährliche Situationen. Wie mein Vorredner denke ich vor allem an Kinder, insbesondere auf ihren Schulwegen, und an ältere Personen. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat wirklich auf die Förderung des Langsamverkehrs sensibilisiert ist und im Rahmen der Überarbeitung des Richtplans den Langsamverkehr behandeln will. Dementsprechend ist er bereit, die Motion entgegenzunehmen. Das freut mich sehr, ich danke dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und seine hier gezeigten Absichten. Ich erwarte ein griffiges Konzept, das wirklich zum Ziel hat, mit der Attraktivität und der Erhöhung der Sicherheit des Langsamverkehrs vorwärts zu machen. Etwas skeptisch stimmt mich aber, dass der Gemeinderat der Ansicht ist, in den von ihm dargestellten Beispielen sei die Umsetzung solcher Massnahmen bereits deutlich erkennbar. Als erstes führt er das Beispiel Zentrumsplanung auf, aber es ist unbestritten, dass mit der Wegnahme der Fussgängerstreifen den Fussgängern das Recht des Vortritts vor dem Auto weggenommen wurde. Wenn der Gemeinderat schreibt, keinem Verkehrsträger werde mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem Velo- und Fussgängerverkehr, erwarte ich dahingehende Anpassungen oder Verbesserungen. Um den Veloverkehr attraktiv zu machen, benötigen wir neue und ergänzende Streckenführungen, wir warten schon lange auf die versprochene Querung von der Stapfen- in die Muhlernstrasse oder auf die Verlegung des Veloweges entlang der Schwarzenburgstrasse im Liebefeld bis ins Steinhölzli. Ich möchte vor allem anregen, bei der Erstellung eines solchen Konzeptes die Gruppe AG Veliz (Arbeitsgruppe Velo Köniz) einzubeziehen. Diese Gruppe setzt sich seit längerer Zeit mit der Veloproblematik in der Gemeinde Köniz auseinander und hat guten Kontakt mit der Verkehrsabteilung. In diesem Sinne danke ich dem Gemeinderat nochmals für seine Antwort. Das Grüne Bündnis stimmt der Motion zu und bittet euch, dies ebenfalls zu tun.

Frau Barbara Mooser (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt den Antrag, die Motion bei Annahme gleichzeitig abzuschreiben. Aus folgenden Gründen sind wir zu diesem Entschluss gelangt: Der Gemeinderat zeigt mit seiner Antwort, dass er sich der Problematik voll bewusst ist, er hat bereits sehr viele Massnahmen umgesetzt, so sind z.B. im Richtplan Verkehr die Punkte 3 und 4 ausschliesslich den Velo Fahrenden und Fussgängern gewidmet. Hiezu werden örtliche Richtpläne erarbeitet, wie z.B. die Erweiterung Köniz - Liebefeld und der Richtplan Zentrum Köniz. Sind wirklich noch mehr Massnahmen notwendig? Aus der Antwort geht klar hervor, dass der Gemeinderat etwas für den attraktiven Langsamverkehr macht und sich immer wieder auf veränderte Situationen einstellt. Bei Nichtabschreibung muss ein neues Projekt erarbeitet werden, was wiederum Kosten in der Höhe von 50'000 bis 100'000 Franken nach sich zieht. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat nicht schon sehr viel getan hat und wir uns diese Kosten sparen können. Der Gemeinderat ist bestrebt, den Langsamverkehr attraktiv zu gestalten, und deshalb können wir die Motion mit gutem Gewissen annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Auch für die CVP/EVP/LdU-Fraktion ist klar, dass die Motion betreffend attraktivem Langsamverkehr angenommen werden muss, die Gründe dafür wurden bereits ausführlich dargelegt. Unsere Fraktion wird dem Antrag der FDP/jfk-Fraktion bezüglich Abschreibung aus sachlichen Gründen zustimmen. Haben wir vorhin für die Abschreibung der Motion betreffend Vandalismus gestimmt, sind wir der Meinung, es sei logisch und sinnvoll, auch den hier zur Diskussion stehenden Vorstoss abzuschreiben. Wenn wir das Fazit der Antwort des Gemeinderates auf beide Motionen betrachten, stellen wir folgendes fest: Einerseits

steht in der Antwort betreffend Vandalismus: "Der Gemeinderat ist entschlossen, die bisherigen Massnahmen weiterhin umzusetzen, er ist überzeugt, dass er im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeit die Motion bereits erfüllt hat"; Folgerung: Abschreiben. Andererseits schreibt er in der Antwort auf die Motion betreffend attraktivem Langsamverkehr: "Der Gemeinderat wird im Rahmen der Überarbeitung des Richtplanes auch den Langsamverkehr (weiterhin) behandeln und ist in diesem Sinne bereit, die Motion entgegenzunehmen", logische Schlussfolgerung: Abschreiben. Genau gleich wie Ignaz Caminada lange warten kann, bis keine Flasche mehr am Boden liegt, wissen wir betreffend attraktivem Langsamverkehr, dass dies eine permanente Aufgabe des Gemeinderates ist, die er wahrnehmen muss und wozu er sich mit dieser Antwort verpflichtet hat. Ob jetzt die Motion bestehen bleibt oder abgeschrieben wird, ändert vermutlich gar nichts an der Sache.

Herr Beat Deuber (SP): Zuerst eine Bemerkung zum Votum von Valentin Lagger und anschliessend noch eine juristische Frage. Meines Erachtens ist die Situation bei den beiden erwähnten Motionen nicht ganz dieselbe, denn bei der Motion betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde respektive Vandalismus, ist zur Motion 0407, welche als Postulat erheblich erklärt wurde, noch der Postulatsbericht hängig. Hier wird es noch eine Gesamtschau für die ganze Gemeinde geben, was meiner Ansicht nach zu begrüssen ist. Ich komme nun zur rechtlichen Frage: Meines Wissens kann nur der Gemeinderat Antrag auf Abschreibung stellen und nicht das Parlament.

Herr Hugo Staub (SP): Alle sprechen davon, den Langsamverkehr fördern zu wollen, in diesem Punkt besteht offenbar Konsens. Förderung geschieht aber nicht auf dem Papier und auch nicht im Konzept, sondern über die Massnahmen. Hier weise ich auf den zweiten Teil des Motionsinhaltes hin, der klar verlangt, dass dem Parlament ein Kreditantrag für die Umsetzung von Massnahmen zu unterbreiten ist. In diesem Punkt unterscheiden sich die beiden Motionen, weil in der Motion betr. attraktivem Langsamverkehr noch ein Auftrag mit einem Massnahmenteil enthalten ist, der zu effektiv spürbaren und sichtbaren Verbesserungen führen soll.

Herr Urs Maibach (GB): Ich äussere mich noch zum Votum von Valentin Lagger. Für mich besteht klar ein Unterschied, ob es um Flaschen geht, die von irgendwelchen Personen auf die Strasse geworfen werden, oder darum, dass der Gemeinderat Verkehrsmassnahmen für die Bevölkerung plant und ein gutes Konzept auf die Beine stellt. Ein solches Konzept zu erarbeiten, ist sicher einfacher, als zu verhindern, dass Flaschen auf die Strasse fliegen. Ich bitte euch, die Motion nicht abzuschreiben.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für die positive Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Wenn wir das Papier genau betrachten, ist es wirklich erfreulich zu sehen, was betreffend attraktivem Langsamverkehr in letzter Zeit realisiert werden konnte. Der Richtplan Verkehr ist zwar noch gültig, aber er muss überarbeitet werden, und im Rahmen dieser Revision wird das Thema attraktiver Langsamverkehr genau denselben Wert haben wie alle anderen Themen auch. In diesem Sinne ist das Fazit des Gemeinderates für mich richtig.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP) (Vertreter des Gemeindepräsidenten): In Art. 62 des Geschäftsreglementes des Parlamentes steht: "Erheblich erklärte Motionen und Postulate werden auf Antrag des Gemeinderates vom Parlament abgeschrieben, wenn sie erfüllt sind oder sich als unerfüllbar erweisen. Der Antrag auf Abschreibung ist zusammen mit einem entsprechenden Sachgeschäft zu stellen und zu begründen." Nach meiner Meinung muss diese Frage von euch selber beantwortet werden, ihr seid das oberste Organ, d.h. dem Gemeinderat übergeordnet.

Herr Beat Deuber (SP): Ich bin Physiker und kein Jurist, aber nach meiner Meinung ist der Fall eindeutig: Stellt der Gemeinderat keinen Antrag auf Abschreibung, kann darüber nicht abgestimmt werden.

Die Parlamentspräsidentin: Wir befinden uns hier auf dem Terrain juristischer Spitzfindigkeiten, müssen aber zu einer Entscheidung kommen. Auch ich bin der Meinung, das Parlament sei die höchste Instanz.

Herr Beat Deuber (SP): Wir haben ein Reglement, und an dieses haben wir uns zu halten. Schade, dass von der Verwaltung kein Juristin und kein Jurist anwesend ist. Ich bin nicht gewillt, heute über die Abschreibung abzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich teile die Meinung von Beat Deuber insofern, als wir uns hier keine Kompetenzen herausnehmen dürfen, die nicht so im Reglement stehen. Es besteht die Variante, das Geschäft zu verschieben. Ist kein Jurist anwesend, der diese Frage schlüssig beantworten kann?

Frau Evelyn Bühler (FDP): Leider, obwohl ich dem Antrag auf Abschreibung gerne zustimmen würde, muss ich erklären, Art. 62 sei klar und eindeutig, und es wäre wohl nicht rechtskonform, wenn wir darüber hinweggehen würden. Ich bin der Meinung, dass wir nicht über die Abschreibung abstimmen können.

Die Parlamentspräsidentin: Offensichtlich sind verschiedene Meinungen vorhanden. Wir können das Problem nur umgehen, indem wir die Abstimmung auf die Sitzung vom nächsten Montag vertagen. Somit kann auch über Annahme oder Ablehnung der Motion erst in einer Woche abgestimmt werden.

Herr Beat Deuber (SP): Damit bin ich nicht einverstanden. Nach meiner Meinung ist der Fall klar. Ich würde - nach dem Votum von Evelyn Bühler - ein rechtes Taschengeld darauf verwetten, dass das Reglement keinen grossen Handlungsspielraum zulässt. Wir müssen heute über Annahme oder Ablehnung der Motion befinden. Allenfalls - wenn der Rechtsdienst erklärt, man hätte über die Abschreibung abstimmen müssen - würde ich mich bereit erklären, nächsten Montag über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend Abschreibung abzustimmen. Ich bin jedoch nicht der Meinung, die abschliessende Behandlung des Geschäftes müsse heute verschoben werden.

Herr Christian Vifian (SP): Ohne mich auf Glatteis begeben zu wollen, ist für mich die Situation glasklar: Es gibt nur eine einzige Variante, Hans Siegenthaler: Du beantragst Sitzungsunterbruch, der Gemeinderat tritt kurz zusammen und stellt anschliessend Antrag. Darüber können wir dann abstimmen. Die Spitzfindigkeit liegt darin, dass das Parlament den hier erforderlichen Antrag nicht formulieren, sondern nur darüber befinden kann. Ist kein Antrag vorhanden, kann nicht abgestimmt werden, weil es den Fraktionen im Vorfeld nicht möglich ist, darüber zu diskutieren. Ansonsten ist der Artikel 62 unseres Geschäftsreglementes zu beachten.

Herr Anton Riesen (FDP): Ich bin wirklich der Meinung, der Gemeinderat sollte ein Geschäft zurückziehen und durch den Rechtsdienst abklären lassen, wenn solche Unklarheiten auftreten. Mich wundert, dass seitens des Rechtsdienstes niemand anwesend ist. Das sollte eine Lehre für künftige Parlamentssitzungen sein.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich beantrage Sitzungsunterbruch.

10 Minuten Sitzungsunterbruch.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Der Gemeinderat kommt klar zum Schluss, dass Art. 62 zu beachten ist und der Antrag auf Abschreibung nicht vom Parlament gestellt werden kann. Somit kann nur über Annahme oder Ablehnung der Motion abgestimmt werden. Stellt sich in der Zwischenzeit heraus, dass das Parlament doch die Möglichkeit hat, den Antrag auf Abschreibung zu stellen, kann am nächsten Montag darüber abgestimmt werden.

Bei 19 zu 19 Stimmen und mit dem Stichentscheid der Parlamentspräsidentin fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die Motion SP/JUSO (0503) betr. Attraktiver Langsamverkehr wird abgelehnt.

5. Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Verkehrsführung im Zentrum

Beantwortung 0506; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Mit zwei Bemerkungen bin ich nicht einverstanden: Die erste betrifft die gesetzten Ziele der Verkehrsplanung. Der Aussage, die angestrebten Ziele seien mit der Umgestaltung des Zentrums erreicht worden, kann ich nicht beipflichten. Der Versuch FLOZ und die längeren Öffnungszeiten der Poller zeigen, dass ein wichtiges Ziel, nämlich die Verflüssigung des Verkehrs, nicht erreicht worden ist und jetzt mit zusätzlichen Massnahmen ange-

strebt werden muss. Für mich ist das ein Zeichen, dass der Verkehr im Zentrum am Limit ist. Das heisst für mich auch, dass z.B. im Rappentöri nur eine verkehrsfreie Wohnüberbauung entstehen darf, wenn im Rahmen von Zonenplanänderungen noch weitere Nutzungen hinzu kommen.

Die zweite Aussage, welche ich nicht ganz teilen kann, ist jene zum Thema Verkehrszunahme, Strategien, wo steht, dass der öffentliche Verkehr in der Gemeinde Köniz ausgebaut worden sei. Das mag für die angeführten Beispiele stimmen. Leider wird nicht erwähnt, dass im Spiegel ein happiger Abbau stattgefunden hat. Letzten Monat wurde die Linie in die Gurten-Gartenstadt ab 20.00 gänzlich gekappt. Solches darf in unserer Gemeinde nicht noch einmal vorkommen, der jetzige öV in Köniz muss unbedingt auf dem bestehenden Niveau gehalten werden, denn wir wollen nicht im motorisierten Individualverkehr ersticken. Im Zentrum scheint der Verkehr bereits jetzt am Limit zu sein. FLOZ und längere Öffnungszeiten der Poller schieben das Problem vielleicht etwas hinaus, aber wie sieht es in zehn Jahren aus, wenn - wie vorausgesagt - 20 Prozent mehr motorisierter Individualverkehr fließen? Noch zum letzten Punkt Projekte: Ich begrüsse es, dass Projekte für den öffentlichen Verkehr überwiegen, in meinen Augen muss in unserer Gemeinde mit allen Mitteln auf den öffentlichen Verkehr gesetzt werden, und ich erwarte von der Exekutive, dass sie sich in den überregionalen Gremien stark dafür einsetzt. Im laufenden Jahr werden wir die Resultate von vier der fünf genannten überregionalen Projekte erhalten, und ich erwarte von der Exekutive eine umfassende Orientierung darüber und - auf Grund dieser Resultate - die Ausarbeitung einer ganzheitlichen Zukunftsstrategie für Köniz, die über die nächsten zwei Jahre hinaus geht.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

6. Interpellation Antenen betr. Strompreise in Köniz

Beantwortung 0507; Vorsteherin Direktion Bevölkerungsschutz

Herr Peter Antenen (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Was über das Thema Strompreise alles geschrieben werden kann, ist tatsächlich interessant. Bezüglich Strompreis bestehen regionale Unterschiede in diesem Land, und von Seiten der SP/JUSO-Fraktion möchten wir dem Gemeinderat den Rücken stärken. Die aufgezeigte Vorgehensweise, beim Kanton zu intervenieren, dass z.B. die Stadt Bern von gewissen Quersubventionierungen nicht mehr profitieren kann, dass mit Konzessionsverträgen mehr Geld für unsere Gemeinde generiert werden kann und auch der Weg zum Preisüberwacher möglich ist, ist unserer Meinung nach die richtige. Wir möchten der Exekutive mit auf den Weg geben, die aufgezeigten Interventionen ins Auge zu fassen, damit die Strompreise angeglichen werden können. Es kann nicht angehen, dass z.B. die Stadt Bern von gewissen Quersubventionierungen profitiert und die Gemeinde Köniz solidarisch an die Randregionen zahlen muss, damit auch diese zu kostengünstigem Strom kommen. Wir wollen uns beileibe nicht aus der Solidarität verabschieden, aber zumindest sollen alle beim Bezahlen helfen; letztendlich besteht im Kanton Bern ein Finanz- und Lastenausgleich.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

7. Interpellation SVP betr. Altersplanung / Denzentrale Pflegewohngruppen

Beantwortung 0509; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Daniel Krebs (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Wir konnten lesen, dass der Kanton - wie andernorts auch - die Rahmenbedingungen ständig ändert und die Gemeinden ihre Planungen immer wieder anpassen müssen. Die in Niederscherli gemachten Erfahrungen mit der Aussenstation Witschi-Huus des Altersheimes Lilienweg können grundsätzlich als sehr gut bezeichnet werden. Wenn dezentrale Wohngruppen auf andere Gemeindegebiete ausgedehnt werden, hoffe ich, dass dieses Modell auch im Wangental realisiert werden kann, denn ich bin sicher, dass dies dort in naher Zukunft notwendig sein wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

8. Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0510; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Ignaz Caminada (CVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden, und wir danken ihm für seine Erläuterungen. Ziel des Mediums Interpellation ist es, eine Vorsondierung zu machen. Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort eine Auswahl von Gebühren dar, mit welcher wir uns einverstanden erklären können. Ich bringe einige Zusatzüberlegungen an: Bei der Grünabfuhr wurde uns mit der Auflistung des Gemeinderates etwas Humus in die Augen gestreut. Die Aussage, die Gebühr sei pro Liter halbiert worden, mag zwar stimmen, denn bis Ende letzten Jahres konnte ein 60-Liter-Sack für zwei Franken maximal 18 Mal pro Jahr bereit gestellt werden, und neu kann ein Rollcontainer mit einem Inhalt von 240 Litern hinausgestellt werden, was 4.60 Franken kostet. Da aber nun ein Rollcontainer für 69 Franken gekauft werden muss, werden viereinhalb Jahre vergehen, bis ich wieder in den schwarzen Zahlen bin. Bei der Emissionskontrolle haben die Gebühren um 18 Prozent zugenommen, von 85 auf 100 Franken. Der Begründung, die alten Gebühren seien wegen des Verursacherprinzips zu teuer gewesen, kann ich zustimmen. Vielleicht ist aber auch die Frage in den Raum zu stellen, ob für diese 85 Franken nicht zu viel Aufwand betrieben wurde und dort Einsparungen hätten vorgenommen werden können. Schwieriger war für mich zu verstehen, dass beim Abwasser die Verbrauchsgebühr um sage und schreibe 26,8 Prozent gesenkt, gleichzeitig aber eine Grundgebühr eingeführt wird. Bis anhin wurde ein solcher Systemwechsel immer einer Erhöhung gleichgesetzt. Wahrscheinlich ist in der Beilage ein Tippfehler vorhanden, denn dort steht, die Grundgebühr betrage 29.50 Franken pro Kubikmeter plus eine Gebühr pro Kubikmeter. Ich habe meine Wasserrechnung zu Hause angeschaut, ich zahle eine Grundgebühr von 147 Franken pro Jahr. Brauche ich gleich viel Wasser wie im letzten Jahr, entspricht das einer Gebührenerhöhung um 39 Prozent.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

9. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0512 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

0514 Dringliche Motion betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum; das Parlamentsbüro lehnt die Dringlichkeit ab

0515 Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen

516 Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentlastung der Region Mengestorfberg

Die Parlamentspräsidentin: Ich bitte den Gemeinderat, die Abklärungen betreffend Abschreibung von Vorstössen so rasch als möglich vorzunehmen.

Herr Beat Deuber (SP): Ich danke der FDP-Fraktion für die taktische Lektion, welche mir heute Abend zuteil wurde. Hätte ich abgewartet und zuerst über die Annahme der Motion abstimmen lassen und anschliessend darauf hingewiesen, dass die FDP-Fraktion einen reglementarischen Fehler gemacht hatte, wäre die Motion angenommen worden. Alles lief reglementarisch korrekt ab. Wenn aber die FDP zuerst für die Motion ist, in dem Moment aber, in welchem erklärt wird, die Abschreibung sei nicht möglich, dagegen stimmt, finde ich ihr Verhalten mindestens etwas seltsam.

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich muss ebenfalls meiner Enttäuschung über die Kultur in diesem Parlament Ausdruck geben. Aus dem Geschäft Nr. 4 wurde ein wahres Trauerspiel: Zuerst war eine eindeutige Mehrheit für die Annahme der Motion, keine Fraktion sprach sich dagegen aus, kein Argument fiel gegen diese Motion aus; sie wurde über alles gelobt usw. Dann wurde reglementarisch belegt, über die Abschreibung dürfe nicht abgestimmt werden, und plötzlich lehnte die Mehrheit die Motion ab.

Herr Anton Riesen (FDP): Dass auf der einen Seite nun Frust und auf der anderen Gelassenheit herrscht, ist klar. Ich habe den Vorschlag angebracht, der Gemeinderat solle das Geschäft zurückziehen und uns an der nächsten Sitzung wieder vorlegen, womit diese Angelegenheit anders hätte enden können. Nach meiner Meinung ist es frustrierend, dass niemand vom Rechtsdienst an den Parlamentssitzungen anwesend ist; vielleicht hätte auch ein anwe-

sender Gemeindepräsident die anstehenden Fragen besser beantworten können.

Herr Christian Vifian (SP): Dein Votum darf nicht so im Raum stehen bleiben, Anton Riesen. Ich habe in meinem Präsidentschaftsjahr 2004 an unserem Geschäftsreglement mitgearbeitet, und im Kapitel VI ist die Behandlung der parlamentarischen Vorstösse und Kenntnisnahme von Berichten definiert. Eine Motion ist kein Geschäft, sondern ein parlamentarischer Vorstoss und ein solcher kann, gemäss Art. 52, nur durch den Erstunterzeichnenden während der Beratung - sofern sie noch nicht abgeschlossen ist - zurückgezogen werden. Der Gemeinderat hatte demzufolge keine Möglichkeit, den Vorstoss zurückzuziehen, weil es sich nicht um ein Gemeinderatsgeschäft handelte.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ich halte hier klar fest: Auch wenn wir den Antrag auf Abschreibung nicht gestellt hätten, wäre diese Motion von uns abgelehnt worden. Wir haben es uns heute nicht anders überlegt, sondern wir waren der Meinung, wenn die Motion abgeschrieben werden kann, sei dies richtig. Weil die Motion nun offenbar nicht abgeschrieben werden kann, müssen wir sie ablehnen, weil wir hier keine unnötigen Kosten generieren wollen, welche durch die Annahme der Motion entstanden wären - gemäss Auskunft ein Betrag von über 100'000 Franken.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich spreche zu einem ebenfalls unrühmlichen Kapitel: Ihr wisst alle, dass per Ende Mai der Abendbetrieb der Linie Gurten-Gartenstadt eingestellt wurde. Ich möchte hier klar festhalten, dass die Bevölkerung im Spiegel darüber sehr enttäuscht ist. Ein Brief mit über 70 Unterzeichnenden wurde für die Beibehaltung des Abendbetriebes geschrieben. Am 12. Mai fand eine Versammlung des Spiegel-Leistes statt, an welcher Gemeinderat Urs Wilk (Vorsteher PLUV) sich eine Stunde Zeit nahm, den Anwesenden die schlechte Nachricht zu überbringen und zu erklären, weshalb der Gemeinderat den Abendbetrieb nicht retten konnte. Die Anwesenden waren einerseits sehr enttäuscht über die negative Information, andererseits aber auch, weil sie den Eindruck hatten, dem Gemeinderat sei die Beibehaltung des Abendbetriebes kein wichtiges Anliegen. Ich habe eine Frage: Wie beabsichtigt der Gemeinderat, auf den von mir erwähnten Brief zu reagieren? Es handelt sich um ein Anliegen von Anwohnenden eines Quartiers, welche den Eindruck haben, sie würden nicht Ernst genommen. Es handelt sich auch um den öffentlichen Verkehr, zu welchem der Gemeinderat ein Bekenntnis zur Strategie Ausbau und Optimierung abgegeben hat. Die Quartierbewohnenden der Gurten-Gartenstadt befürchten - ob zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahin gestellt - einen weiteren Abbau „ihrer“ Buslinie. Meine weitere Frage: Was gedenkt der Gemeinderat dagegen zu tun?

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Diese Fragen sind nicht einfach zu beantworten, denn es handelt sich in der Tat um eine unbefriedigende Situation. Dieses Thema ist für die nächste Gemeinderatssitzung traktandiert, und deshalb sind wir nicht in der Lage, die Fragen heute zu beantworten.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit der Alterskonferenz: Vor einiger Zeit wurde uns ein Bericht der Alterskonferenz ausgehändigt. Wird dieser Bericht je einmal im Parlament diskutiert werden?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Dieser Bericht wurde euch zur Kenntnisnahme übergeben. Das weitere Vorgehen wurde wie folgt festgelegt: Die KsF wird den Bericht prüfen und überlegen, was mit den darin enthaltenen Empfehlungen weiter geschehen soll. Ferner gilt es zu ermitteln, ob die Empfehlungen der Alterskonferenz mit dem Altersbericht des Kantons übereinstimmen. Über den gesamten Bericht im Parlament zu diskutieren, ist nicht vorgesehen.

Die Parlamentspräsidentin: Der Fussballmatch mit dem Bieler Stadtrat kommt zustande, wir bringen eine Mannschaft zusammen. Anmeldungen können noch bei der Parlamentssekretärin abgegeben werden.

Wir haben eine Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erhalten, welche am 16. September 2005 in Bern eine Tagung "Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen" organisiert. Anmeldungen bitte an die Parlamentssekretärin.

Von der Agglomerationskommission des Berner Stadtrates haben alle Parlamentsgemeinden im VRB eine Einladung zu einem Workshop „Agglomerationsstrategie“ erhalten. Zusammen mit unserer Sekretärin habe ich einen Schlüssel für eine faire Verteilung des uns zugeteilten

Kontingentes von maximal 5 Personen ausgeknobelt, und nach Rücksprache mit den Fraktionen wurden Beat Deuber (SP), Niklaus Hofer (SVP), Urs Maibach (GB), Valentin Lager (CVP) und Judith Ackermann (FDP) für die Teilnahme an diesem Anlass vom 21. Oktober 2005 angemeldet.

Schluss der Sitzung 20.35 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher